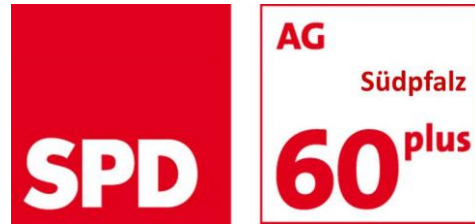


Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus UB-Südpfalz



An
die Geschäftsstelle des SPD-RV-Pfalz

Antrag der AG 60 plus-Südpfalz und -Vorderpfalz an die RV-Konferenz am 08.06.2015 in Dahn: Seniorenpolitik

Eine an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen in unserem Land orientierte Seniorenpolitik muss vor allem das Ziel haben, älteren Menschen möglichst lange Selbstständigkeit in ihrer gewohnten Umgebung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Nicht im Bau weiterer Pflegeheime darf der Schwerpunkt liegen, sondern im Ausbau ambulanter Hilfs- und Unterstützungsangebote in den Kommunen vor Ort. Neue, auch weitgehend selbst organisierte Modelle des Wohnens in Pflege müssen gefördert und alle Bereiche des Lebens bewusster unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit gestaltet werden.

Begründung:

Leben zur Zeit ca. 840.000 über 65-jährige – das entspricht ca. 21 % der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz – in unserem Bundesland, werden es im Jahr 2050 ca. 1.100.000 Menschen in dieser Altersgruppe sein, was dann einem Anteil von 33 % entspricht. Dies bedeutet langfristig einen relativen Anstieg von über 60 %. Auf diese gesellschaftlichen Veränderungen müssen wir reagieren. Stationäre Pflegeeinrichtungen bleiben weiter wichtig, aber die Menschen wollen mehr denn je in ihren eigenen vier Wänden und in ihrem gewohnten sozialen Umfeld alt werden.

Deshalb muss weiterhin ein Schwerpunkt unserer Politik sein, gemeinsam mit den Kommunen, den im Seniorenbereich tätigen Haupt- und Ehrenamtlichen Hilfs- und Unterstützungsangebote zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, selbstbestimmt in der eigenen Wohnung/im gewohnten Umfeld zu leben. Dazu gehören wohnortnahe Beratungsmöglichkeiten rund um das Thema Senioren, **barrierefreier Zugang** zu Wohnungen, öffentlichen Einrichtungen und öffentlichem Nahverkehr, Arztpraxen und Einkaufsmöglichkeiten. Bei nachlassender Mobilität werden hauswirtschaftliche Hilfen ebenso wie Versorgungsdienste für Lebensmittel und Medikamente benötigt. Kommunale Fahrdienste für Behördengänge und Arztbesuche können ein sinnvolles Angebot sein.

Kirchengemeinden und Vereine, die Vorbildliches leisten, sind zu unterstützen, das gleiche gilt für das Ehrenamt. Es ist noch viel zu tun, deshalb bitten wir die Delegierten um Unterstützung für unseren Antrag.

→ Weiterleitung an die AG 60plus-Landeskonferenz als Antrag für den Landesparteitag zur Berücksichtigung im Wahlprogramm 2016 – 2021.